

6 Fragestunde

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wir kommen jetzt zur Fragestunde. Es ist jetzt 12.16 Uhr und ich darf bitten, Herrn Klubobmann Pascuttini seine Frage an Frau Vizebürgermeisterin Schwentner zu stellen.

6.1 Frage 1: Kaiser-Josef-Platz (GR KO Mag. Pascuttini, KFG, an Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner, Grüne)

Klubobmann **Pascuttini**:

Hoher Stadtsenat, sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte, werte Medienvertreter, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin. Heute meine Frage zu einem Thema, das dieses Haus schon einige Male beschäftigt hat. Es gibt jetzt doch etwas Neues, nämlich ein Gutachten aus dem Gesundheitsamt, aus dem Februar dieses Jahres, das doch gehörig Wirbel verursacht bei den Anrainern, in den Ämtern, aber auch berechtigterweise bei den Lesern der Kleinen Zeitung. Ist doch dort zu lesen, dass dieses Lärm-Gutachten, das den Lärm der Skater beurteilt hat, zum Schluss kommt, dass die Skateboard-Aktivitäten am Kaiser-Josef-Platz und am Kaiser-Josef-Markt ein hohes Belästigungspotenzial aufweisen, das sogar das Potenzial hat, gesundheitliche Beschwerden bei den Anrainern zu verursachen.

Ich habe mich dann heute in der Früh ein bisschen gewundert, als ich die Kleine Zeitung gelesen habe, über Ihre Stellungnahme, Frau Vizebürgermeisterin, über die Stellungnahme aus Ihrem Büro, weil dort formuliert wurde: Es gibt keine Beschwerden mehr seit Ende oder seit 2022, wie diese Änderungen umgesetzt wurden. Das ist schlichtweg falsch. Mir liegt der Mailverkehr vor, aus dem Jahre 2023. Sogar exakt vor einem Jahr, am 16.5.2023, haben sich Bewohner, haben sich Anrainer an Sie gewendet, an die Adresse vizebuergemeisterin.schwentner@stadt.graz.at. Das ist Ihre E-Mail-Adresse, und haben dort Ihre Beschwerden über die Skater-Aktivitäten am Kaiser-Josef-Markt platziert.

Jetzt ist für mich noch eine weitere Frage, die ich aufwerfen könnte, bevor ich zu meiner Frage der Fragestunde komme: Warum macht das Gesundheitsamt überhaupt eine derartige Überprüfung? Gibt es im Hintergrund eine Neuevaluierung der ganzen Situation? Warum macht das das Gesundheitsamt? Die kommen ja nicht von sich aus darauf, diese Sachlage dort neu zu evaluieren.

Im Februar 2024 ergeht dieses Gutachten, wo eben eindeutig dargelegt wird, dass Handlungsbedarf besteht, weil es wurde empfohlen, die Skateboard-Aktivitäten weiter zu reduzieren. Warum ist Ihnen dieses Gutachten des Gesundheitsamtes nicht bekannt, wie Sie in der Zeitung oder gegenüber der Kleinen Zeitung ausführen? Deswegen ergeht meine

Frage

an Sie, Frau Bürgermeister-Stellenvertreterin, zu diesem ganzen Themenkomplex: Welche Maßnahmen werden Sie nun treffen, um der Empfehlung des Gesundheitsamtes der Stadt Graz vom 01.02.2024, eine weitere Reduktion der Skater-Aktivität beim Kaiser-Josef-Platz umzusetzen, da diese zusätzlich zu hohen Schallvorbelastung, eine Belastungsreaktion mit potenziell gesundheitlichen Auswirkungen erwarten lässt, nachzukommen?

Originaltext der Anfrage:

Seit Jahren sind die Anrainer des Kaiser-Josef-Platzes durch Lärm, verursacht von Skateboardfahrern belastet. Eine umweltmedizinische Stellungnahme des Gesundheitsamtes der Stadt Graz vom 01.02.2024 empfiehlt zum Schutz der Gesundheit der Anrainer "eine weitere Reduktion der Skateraktivität am Kaiser-Josef-Platz, da diese zusätzlich zur hohen Schallvorbelastung eine Belästigungsreaktion mit potentiellen gesundheitlichen Auswirkungen erwarten lässt". Laut übereinstimmenden Berichten der Anrainer hat es seit 01.02.2024 allerdings keine Maßnahmen zur "weitere Reduktion der Skateraktivität am Kaiser-Josef-Platz" gegeben.

Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin, namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage

*gem. § 16a der GO des Gemeinderates
der Landeshauptstadt Graz:*

Welche Maßnahmen werden Sie treffen, um der Empfehlung des Gesundheitsamtes der Stadt Graz vom 01.02.2024 - eine weitere Reduktion der Skateraktivität am Kaiser-Josef-Platz umzusetzen, da diese zusätzlich zur hohen Schallvorbelastung eine Belästigungsreaktion mit potenziell gesundheitlichen Auswirkungen erwarten lässt - nachzukommen?

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Ja, danke, Herr Klubobmann, Sie haben der Zeitung sicher auch entnommen, dass das eine bisschen eine knifflige Detektivaufgabe war, weil bis zum Einbringen ihrer Frage wusste ich von dieser Stellungnahme nichts. Die erging offensichtlich an den fürs Marktamt zuständigen Kollegen Stadtrat Hohensinner, aber nicht an meine Abteilung, beziehungsweise ist nicht mir zur Kenntnis gebracht worden. Jetzt kenne ich sie. Es ist eine Stellungnahme, die wiederum basiert auf einer Schallmessung des Umweltamtes, die 2022 erfolgt ist. Und jetzt rolle ich es von hinten auf: Was ist sozusagen in der Zwischenzeit passiert, weil wir sehr wohl die Probleme vor Ort sehr wichtig und wahr nehmen. Wie erwähnt haben wir zwei Ressortzuständigkeiten. Zum einen das Marktamt, zum anderen das Straßenamt. Also am Vormittag Marktamt, am Nachmittag Straßenamt. Je nach Nutzung des Platzes und wir wissen auch dass in Folge von Covid, sich die Nutzung der Plätze geändert hat, um es milde auszudrücken. Sie waren ziemlich voll und eben auch, da wurden sehr viele Aktivitäten betrieben.

In Zuge dessen hat es dann tatsächlich große Probleme gegeben mit den Skater:innen vor Ort und es ist dann auch eine Entscheidung des Landesverwaltungsgerichts im September 2022 ergangen, dass das Skaten nicht allgemein verboten ist, dass es nur dann sozusagen auch nicht rechtlich verboten ist, solange keine konkrete Gefährdung von unbeteiligten Personen stattfindet.

Das ist mir wichtig jetzt zu betonen, weil wir immer in einer Stadt das Austarieren von Interessen haben, vor allem an so einem stark frequentierten Platz wie dem Kaiser-Josef-Platz oder dem Lendplatz. Und so viele Interessen zu berücksichtigen ist die Kunst, die durchaus auch herausfordernd ist. Wir haben das gemeinsam mit dem Kollegen Hohensinner deswegen in Angriff genommen und versucht, eine für alle dort belangten Interessen auch eine Lösung zu finden. Das ist zum einen quasi die Grundbedürfnisse natürlich nach Schlaf, nach Ruhe und Erholung für die, die dort wohnen, zum anderen auch für die, die sich da aufhalten wollen und skaten. Deswegen haben wir damals auch die Regel gefunden, die sich eigentlich bewährt hat. Das war gemeint mit dem: Es liegen uns jetzt keine entsprechenden Beschwerden vor, weil eigentlich hat sich die Regel bewährt, dass man zwischen Montag und Samstag von 14 bis 21 Uhr skaten darf und sonst nicht. Das ist die Empfehlung. Wir werden auch heuer wieder eine Informationskampagne machen. Viele kennen die Plakate, die ganz lustig gestaltet sind, die darauf aufmerksam machen, dass man eben nur in diesen Zeiten im Sinne der Anrainerinnen- und Anrainerschutzes skaten darf.

Was mir nur wichtig wäre, ist zu sagen: damals hat diese Emissionsmessung vom Umweltamt ergeben, dass eigentlich der Autoverkehr lauter ist als das Skaten und andere Geräusche. Aber natürlich diese punktuellen lauten Geräusche vom Skaten sind sehr unangenehm und das war wahrscheinlich auch in der Stellungnahme gemeint, dass das die Gesundheit beeinträchtigen kann. Der Anlass für die Messung des Umweltamtes damals war übrigens die Ausweitung der Gastronomie am Platz. Insofern müsste man sich ja überlegen: Ist das noch angemessen? Weil eigentlich, nehmen wir jetzt wahr, zumindest ich am Kaiser-Josef-Platz, dass die Gastro extrem ausgeweitet ist und die Skater eigentlich ziemlich eingegrenzt in ihren Möglichkeiten,

weil ich denke jetzt nur an die Standln dort. Es gibt jetzt wahnsinnig viele Gastgärten und sehr wenig Fläche, um zu skaten. Insofern sehe ich jetzt gar nicht so die Skater als das große Problem, wiewohl ich zugestehe, wie gesagt, die Geräusche sind nicht angenehm. Aber es ist immer die große Kunst, sämtliche Interessen dazu zu berücksichtigen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke, Herr Stadtrat Hohensinner hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet.

Stadtrat **Hohensinner** (zur tatsächlichen Berichtigung):

Für das Umweltamt bist schon du zuständig, Frau Vizebürgermeisterin. Und erstellt wurde dieses Gutachten vom Umweltamt in Kombination mit dem Gesundheitsamt. Deswegen wundert es mich ein Stück weit, aber wir haben ja versucht, auch einen Kompromiss zu schließen. Meine Bitte ist auch immer gewesen, dass ein Mediationsprozess noch einmal stattfindet. Das wäre mir ein Anliegen und dass auch der Grünanger ausgebaut wird, dann gibt es da ein bisschen eine Entlastung.

Bürgermeisterin **Kahr**:

War zwar nicht ganz eine tatsächliche Berichtigung, aber bitte Zusatzfrage.

Klubobmann **Pascuttini**:

Herzlichen Dank, Frau Vizebürgermeisterin, für Ihre Ausführungen, danke auch Herr Stadtrat für Ihre Ausführungen. Sie haben jetzt viele Nachfragen schon vorweggenommen, aber Sie haben ja das Erkenntnis vom Landesverwaltungsgericht angesprochen, das ergangen ist im Dezember oder September 2022. Da habe ich es

jetzt nicht verstanden. Da stellen sich ja viele Anrainer berechtigterweise die Frage, wenn die Stadt Graz zuerst straft, also jemanden sozusagen sagt, du hast gegen ein Gesetz verstoßen, hier kriegst du eine Geldstrafe, und dann derjenige vor das Landesverwaltungsgericht geht, was ja in einem Rechtsstaat üblich ist: Warum man sich dann bereits erstinstanzlich damit zufriedengegeben hat, dass sozusagen gegen die Stadt Graz entschieden wurde? Also warum hat man da dann nicht gegen diese Entscheidung ein Rechtsmittel eingelegt? Das ist etwas, was viele Anrainer nicht verstehen, weil jetzt zieht man ja immer wieder dieses Erkenntnis hervor, das aber nicht höchstgerichtlich abgehandelt wurde, und wo man ja sehr wohl auch sagen kann: „Naja gut, was das Landesverwaltungsgericht entscheidet, muss ja in den darüberliegenden Instanzen nicht halten“. Deswegen meine Frage an Sie, Frau Vizebürgermeisterin: Warum hat man da keinerlei Schritte mehr gesetzt, nachdem das Landesverwaltungsgericht in der ersten Instanz gegen die Stadt Graz entschieden hat oder gegen das Straferkenntnis der Stadt Graz entschieden hat?

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Vielleicht zuerst noch einmal eine tatsächliche Berichtigung, zur versuchten tatsächlichen Berichtigung. Es hat eine Messung des Umweltamtes gegeben, eine Langzeitschallemissionsmessung 2022. Basierend auf dieser Messung wurde am 08.01.2024 offensichtlich, wie gesagt, detektivisch heute herausgefunden, eine umweltmedizinische Stellungnahme durch das Gesundheitsamt, in deinem Zuständigkeitsbereich erstellt, die nicht zu mir ergangen ist. Fürs Marktamt und in dem Fall sozusagen die gesundheitsmedizinische. Wer immer zuständig ist, bei uns ist es nicht angekommen, das war die Aussage, die ich tätigen wollte. Und natürlich jetzt auf Ihre Frage kommend, weil wir in der Zwischenzeit nach Lösungen gesucht haben, um wie gesagt die Interessen vieler, die es vor Ort gibt, zu berücksichtigen, eine Lösung zu finden, die das auch tut. Und unserer Ansicht nach war das gemeinsam mit dem Stadtrat Hohensinner, diese Beschränkung der Nutzungszeiten des Platzes für die

Skater:innen. Und alles, was in meinem Wissensbereich steht, ist, dass das eine gute Lösung ist, die bisher zur Zufriedenheit der meisten auch gut geregelt ist.

**6.2 Frage 2: Stadtkoalition muss die Zweckmäßigkeit der Leerstandsabgabe neuerlich prüfen
(GRⁱⁿ Reininghaus, NEOS an StR Eber, KPÖ)**

Gemeinderätin **Reininghaus**:

Hoher Stadtsenat, geschätzte Kollegen und Kolleginnen im Gemeinderatssaal, werte Gäste auf dem Balkon und zu Hause am Livestream.

In meiner Frage an den Herrn Stadtrat Eber geht es um die Zweckmäßigkeit der Leerstandsabgabe, die ich mir wünsche, neuerlich geprüft zu werden. Ich darf ganz kurz erinnern, die Stadtkoalition hat ja bereits im April 2022 beschlossen, auch in Graz ist längstens 2023 eine Steuer auf leerstehende Bestandsobjekte einzuführen. Für alle Zuseher:innen zu Hause an den Livestreams, warum ist das möglich? Möglich hat das das steirermärkische Zweitwohnsitz- und Wohnungsleerstandsabgabegesetz, das mit 1. Oktober 2022 in Kraft getreten ist, ermöglicht.

Demnach steht es den steirischen Gemeinden frei, auf jeden leerstehenden Quadratmeter bis zu 10 € einzuheben, aber maximal 1.000 € im Jahr.

Also bis heute, knapp zwei Jahre später, ist die Stadt Graz allerdings noch immer nicht in der Lage, diese Abgabe einzuheben, ganz einfach deswegen, weil es keine verlässlichen Daten gibt. Sie haben keine Grundlagen, auf deren Sie quasi diese Leerstandserhebungen führen können. Das ist sicher ein Versäumnis der vorangehenden Stadtregierungen, da möchte ich also die jetzige Stadtregierung wirklich rausnehmen aus der Verantwortung. Die haben jetzt quasi das Problem zu lösen, dass es keine Grundlage gibt.

Es hat sich jetzt quasi erwiesen, dass man in Graz den Weg ging zu sagen, jetzt testen wir einmal oder erheben wir einmal die Leerstände in zwei Bezirken. Einmal ein Innenstadtbezirk, einmal einer der Außenbezirke und werden dann diese Zahlen oder diese Ergebnisse, die da ermittelt werden, eben auf Graz umlegen. Danach sollte man wieder weiter debattieren. Wie gesagt, wir warten immer noch auf die Ergebnisse aus beiden Bezirken und können nur auf Schätzungen zurückgreifen und die liegen in Graz immerhin bei 6.000 bis 15.000 leerstehenden Wohnungen, also während wir hier noch

warten auf Ergebnisse, haben andere Landeshauptstädte wie zum Beispiel Innsbruck schon wertvolle Erfahrungen machen können.

In Innsbruck, und dort wird der Bestand der leerstehenden Wohnungen auf ca. 7.000 geschätzt, wurden tatsächlich bereits die Hälfte, also 3.500 Wohnungen, als leerstehend erfasst.

Und jetzt wird es interessant, denn von diesen 3.500 erfassten leerstehenden Wohnungen sind gerade einmal 23 Eigentümer:innen ihrer Melde- und Abgabepflicht nachgekommen und das binnen eineinhalb Jahren. So schaut es also aus. Als würde dieses System der Selbstbemessung den gewünschten Lenkungseffekt nicht erreichen und wie Sie vielleicht auch wissen oder sich vorstellen können, wird das zu einem hohen Verwaltungsaufwand führen, den die Stadt Graz zu betreiben hat, damit sie das Geld einbringt.

NEOS haben sowieso etwas gegen die Leerstandsabgabe gehabt. Wir haben da auch nicht mitgestimmt, wir wollen überhaupt keine zusätzlichen Steuern. Österreich ist das dritt am höchsten besteuerte Land in der Europäischen Union und ich denke, da sind weitere Steuern wirklich hintenanzustellen. Besser doch ein Anreizsystem. Wenn wir schon Geld brauchen, um das Geld zu kriegen, dann Lenkungseffekte bitte für die Stadt durch ein Anreizsystem, das wahrscheinlich nachhaltiger wäre.

Und so komme ich auch schon zum

Fragetext:

Sehr geehrter Herr Stadtrat, können Sie sich vorstellen, die Zweckmäßigkeit der Leerstandsabgabe neuerlich zu prüfen und die gewünschten Lenkungseffekte, nämlich Leerständen, Wohn- und Geschäftsraum, einer Nutzung zuzuführen, den Versiegelungsgrad zu reduzieren und für leistbaren Wohnraum in Graz zu sorgen, auch durch das Setzen von Anreizen zu steuern. Danke.

Originaltext der Anfrage:

Mit dem Inkrafttreten des „Steiermärkischen Zweitwohnsitz- und Wohnungsleerstandabgabegesetz“ steht es den steirischen Gemeinden frei, für jeden leerstehenden Quadratmeter bis zu 10 Euro, maximal bis 1000 Euro jährlich, einzuheben. Schon im April 2022 beschloss die Stadtkoalition, gegen die Stimmen der Oppositionsparteien, in Graz eine Steuer auf Leerstände bis längstens 2023 einzuführen.

(<https://www.google.com/search?client=firefox-b-d&q=Steierm%C3%A4rkische+Zweitwohnsitz-+und+Wohnungsleerstandsabgabegesetz%E2%80%9C+%28StZ-WAG%29>).

Allerdings haben Politik und Verwaltung in der Vergangenheit verabsäumt, ein fundiertes Leerstandmanagement in Angriff zu nehmen und so ist Graz aktuell, mangels entsprechender Datengrundlagen, gar nicht in der Lage die Abgabe einzuheben. So sollen im Wohnungsregister große Lücken klaffen, manche Gebäude gar nicht erfasst sind und bei anderen wisse man nicht, wie viele Wohnungen dazugehören (<https://www.kleinezeitung.at/steiermark/18256552> ; <https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/18256344/die-grazer-leermeldung-und-das-warten-auf-die-leerstandsabgabe>).

So entschied die Stadtkoalition vorerst die Leerstände in 2 Bezirken, einem Innenstadtbezirk und einem Außenstadtbezirk zu erheben, um diese Zahlen folglich auf das gesamte Grazer Stadtgebiet umzulegen. Bislang konnte Graz nur auf Schätzungen zurückgreifen und die sollen bei 6000 bis 15.000 leerstehenden Wohnungen in Graz liegen.

Die Ergebnisse über die Leerstandserhebungen in den beiden Bezirken liegen noch nicht vor und auch wenn sie vorlägen, erweist sich das Einheben der Abgabe durch eine Selbstbemessung doch als zahnlos.

Wie zahllos die Maßnahme in der Praxis tatsächlich ist, machen aktuelle Erhebungen in Innsbruck sichtbar. In der Landeshauptstadt Innsbruck haben von 3500 erfassten leerstehenden Wohnungen gerade mal 23 Eigentümer:innen selbstständig dem Gemeindeamt über mehr als Monate leerstehende Quadratmeter Meldung erstattet und das in einem Zeitraum von über einem Jahr seit Einführung der Abgabe (<https://kurier.at/chronik/tirol/in-innsbruck-erweist-sich-leerstandsabgabe-als-zahnlos/402809197>; <https://tirol.neos.eu/news/presseaussendungen/leerstandsabgabe-flopp-anreizevermietung>).

Das System der Selbstbemessung bringt die gewünschten Lenkungseffekte nicht und es ist davon auszugehen, dass die Verfahren zur Einbringung der Steuer einen hohen Verwaltungsaufwand für die Kommunen nach sich ziehen dürften.

NEOS haben gegen die Einführung einer Leerstandabgabe gestimmt. Wir wollen keine zusätzlichen Steuern und wenn schon mit überbordenden Verwaltungskosten zu rechnen ist, dann doch lieber in ein Anreizsystem umschichten, um so die Lenkungseffekte für die Stadt Graz nachhaltig zu sichern.

Daher stelle ich gemäß § 16a der Gemeinderatsordnung folgende

Frage:

*Sehr geehrter Herr Stadtrat,
können Sie sich vorstellen, die Zweckmäßigkeit der Leerstandabgabe neuerlich zu prüfen und die gewünschten Lenkungseffekte, nämlich leerstehende Wohn u.-
Geschäftsflächen einer Nutzung zuzuführen, den Versiegelungsgrad zu reduzieren und*

für leistbaren Wohnraum in Graz zu sorgen, auch durch das Setzen von Anreizen zu steuern?

Stadtrat **Eber**:

Danke für die Frage, liebe Sabine Reininghaus. Du hast das eh schon angesprochen, die Koalition hat ja diese Leerstandsabgabe oder den Willen dazu eindeutig bekundet und selbstverständlich wäre das für uns ein geeignetes Instrument, um dem Leerstand etwas zu begegnen. Andererseits ist es auch so, du hast es auch kurz angesprochen, die ersten Erfahrungen aus Innsbruck und auch aus Knittelfeld zeigen natürlich, dass das System mit der Selbstmeldung oder Selbsterklärung, wie das genannt wird, schlicht in die Hosen gegangen ist, um es mit den Worten vom Noch-Bürgermeister Willy in Innsbruck zu sagen, der ja da natürlich auch größere Hoffnungen gehabt hat.

In Graz war es so, dass wir von Anfang an immer sehr klar kommuniziert haben, bevor wir die Leerstandsabgabe konkret einführen, brauchen wir eine gute und richtige Datengrundlage. Erst nach diesem Schritt können wir dann entscheiden, wie wir diese Leerstandsabgabe auf der aktuellen Gesetzeslage durchführen werden. Das möchte ich auch noch dazusagen: Das Stadtvermessungsamt arbeitet natürlich auch seit Monaten, zumindest mit Hochdruck daran, um diese Datengrundlage herzustellen.

Aus meiner Sicht braucht es drei Punkte, um hier wirkliche und richtige Lenkungseffekte zu erzielen. Das ist zum ersten eben, wie gesagt, die Datengrundlage, um schauen zu können, welche Wohnungen sind zumindest potenziell leerstehend. Zweitens braucht es auch eine Abgleichung der AGWR- und ZMR-Daten, also das heißt, jene vom Wohnungs- und Gebäuderegister mit den zentralen Meldedaten, und drittens bräuchte es auch eine Leerstandsabgabe, die über dem liegt, was derzeit möglich ist in der Steiermark, nämlich € 1.000,00 pro Jahr, € 83,00 im Monat sind das. Also das ist kein Beitrag, der einen echten Lenkungseffekt erzielt. Und da hoffen wir

natürlich auch, dass man hier auch in der Steiermark die neuen bundesgesetzlichen Regelungen nachzieht. Danke.

Gemeinderätin **Reininghaus:**

Ich hätte noch eine Frage, und zwar: Gibt es schon ein Datum, wann die Ergebnisse vermutlich präsentiert werden?

Stadtrat **Eber:**

Nein, kann ich noch kein Datum nennen, also wie gesagt, das Stadtvermessungsamt, die Personen in dem Referat arbeiten mit Hochdruck daran. Wir haben auch dort die Zahl der Mitarbeiter:innen aufgestockt, aber wie lange das dauert, kann ich aus meiner Sicht heute nicht beantworten. Danke.

6.3 Frage 3: Fahrradparken

(GR Wagner, FPÖ_an Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner, Grüne)

Gemeinderat **Wagner:**

Hoher Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin-Stellvertreterin, in meiner Frage geht es ums Fahrradparken. Es ist ja sehr erfreulich, dass immer mehr Menschen den Weg in die Stadt mit dem Fahrrad finden, nicht nur für kurze Wege, sondern auch um den Weg zur Arbeit zu bestreiten. Mehr Radfahrer bedeutet klarerweise mehr Fahrräder und so wie man aus Ihrer Politik herausliest, ist es sehr oft so, wir streichen Autoparkplätze, dass weniger Autos reinkommen. Ich stelle ich die umgekehrte These auf und sage, wenn wir mehr ordentliche Radparkplätze machen, haben wir vielleicht auch die Chance, dass viel mehr Menschen mit dem Fahrrad hineinfahren. Es hat sich auch das Fahrrad verändert. Wir wissen heute mit den ganzen E-Bikes und so, das lässt man nicht unbedingt gerne mehr

irgendwo im Freien stehen, im Regen stehen. Das sind ja dann doch schon eher teure Fahrräder. In Städten wie Wien, Salzburg, Utrecht hat man sich mit dem Thema sehr intensiv auseinandergesetzt und hat neben den eh bekannten, auch bei uns gängigen Modellen der Fahrradabstellplätze eben auch Fahrradabstellboxen und Fahrradgaragen installiert. Auch in Graz gibt es definitiv einen Bedarf an ordentlichen und sicheren Abstellmöglichkeiten. „Halbzeitbilanz“, hat die Woche Graz jetzt getitelt in der Koalition, das heißt für mich, ich gehe davon aus, Sie haben die letzten zwei Jahre über Zeit gehabt, sich gute Gedanken zu dem Thema zu machen und da aber genau von diesen zwei genannten Konzepten noch nicht wirklich etwas umgesetzt ist, meine

Frage:

Wann genau können wir damit rechnen, dass eines dieser genannten Projekte in Graz auch zur Umsetzung kommt?

Originaltext der Anfrage:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin!

Es ist zu begrüßen, dass mehr Menschen für kurze Wege aber auch für Ihren Weg zur Arbeit auf das Fahrrad zurückgreifen.

Mehr Radfahrer bedeutet aber auch mehr Fahrräder. Diese benötigen unterschiedliche Arten der Abstellmöglichkeiten.

Städte wie Wien, Salzburg aber natürlich auch Utrecht haben sich intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt. Neben den gängigen Anlehnbügeln, Vorderradhaltern oder auch Vorderrad-Rahmenhaltern mit und ohne Überdachung, setzt man auch auf Fahrradboxen und Fahrradgaragen.

(<https://www.stadtmarketing.eu/mobilitaetsverhalten/>; https://www.stadt-salzburg.at/fileadmin/user_upload/19578/konzept_fahrradparken_salzburg_02-06-2022.pdf)

Auch in Graz gibt es Bedarf an solchen ordentlichen und sicheren Abstellmöglichkeiten.

„Halbzeitbilanz“ titelt die Woche am 10. Mai 2024, sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin.

Da bis heute von Ihnen keines dieser Konzepte umgesetzt wurde, ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin, nachstehende

Anfrage

gem. § 16a der GO des Gemeinderates

der Landeshauptstadt Graz:

Welche konkreten Projekte zum Thema Fahrradgaragen und Fahrradabstellboxen werden Sie in naher Zukunft umsetzen?

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Danke für die Frage und auch für die Einleitung. Also, vieles trennt uns ja gar nicht im Zugang, ist immer wieder erfreulich. Sie haben ja schon im Mai 2023 danach gefragt, und ich habe auch schon damals beipflichten können, dass es sehr wichtig ist, dass wir entsprechende Abstellflächen in Graz für Fahrräder schaffen. Wichtig ist mir auch dabei zu betonen, dass Stellplätze eben nicht mehr nur als Stellplätze für KFZ gesehen werden, sondern auch für motorisierte Zweiräder, beziehungsweise eben auch Fahrräder. Und genau nach diesem Konzept bauen wir auch die Stellplätze in der Innenstadt aus, respektive im Neutorviertel, wo wir jetzt vieles Neues planen,

beziehungsweise schon Vieles in Umsetzung ist. Beispiel: Obere Neutorgasse, wo wir sehr viele neue Fahrradabstellplätze auch sieht. Nämlich, die klassischen Fahrradbügel. Jetzt klingt das nicht so spannend und so aufregend wie, ich weiß nicht, welche Garagen, aber unsere Fachabteilungen und unsere Expert:innen bestärken uns damit und empfehlen auch diese Fahrradbügel, weil sie sich einfach bewähren und weil man diesen traditionellen Fahrradbügel, so wie er jetzt quasi konzipiert ist im Stadtgebiet, schnell und kostengünstig einrichten kann, eingangsnah, also gerade in der Innenstadt, und was ja erfreulich ist, dass immer mehr Leute mit dem Fahrrad in die Innenstadt fahren, dass sie dort auch eingangsnah ihr Fahrrad abstellen können, diebstahlsicher parken können und das gut verschließen können.

Wir haben in den Jahren 2023, 2024, da jetzt erstmals begonnen. Das habe ich, glaube ich, damals auch erwähnt, wir hatten ja bis jetzt keine Daten, wie viele Radbügel überhaupt im öffentlichen Raum abgestellt sind. Jetzt haben wir eine Datenbank angelegt und können die sukzessive fortführen. Stand heute gibt es im Grazer Stadtgebiet insgesamt 14.000 Fahrradstellplätze, rund 11.500 in den inneren sechs Bezirken. In den letzten vier Jahren, also seit 2020, gibt es ein Plus von 1.195 Fahrradabstellplätzen. Ich möchte in dem Zusammenhang auch wieder erneut, wie so oft, auf die wirklich gute App "Schau auf Graz" verweisen. Jeder und jede, dem irgendwo eine Radabstellplatzfläche fehlt, kann man das dort einmelden. Das wird sehr unkompliziert und schnell geprüft, und wenn der Bedarf verifiziert wird, wird ein solcher Radbügel dann in unmittelbarer Nachbarschaft aufgestellt. Es lohnt sich wirklich die "Schau auf Graz"-App zu benutzen.

Ergänzend zu den Radbügeln schauen wir natürlich auf Fahrradboxen und Radgaragen. Wir haben uns das auch in Utrecht und Groningen angeschaut, sehr vorbildlich und wirklich tolle Sachen, die es da gibt. Sie haben schon erwähnt, es gibt eine zweite Halbzeit. In der zweiten Halbzeit widmen wir uns jetzt genau dem, eingängiger und verstärkt. Wir haben die Verkehrsabteilung gebeten, ein Konzept zu erarbeiten, wie man eben gerade diese Möglichkeiten des Fahrradparkens weiter ausbauen kann. Smarte Fahrradboxen, Abstellanlagen, zum Beispiel in leerstehenden Ladenlokalen –

wir haben da gerade in dem Bahnhofsumkreis einiges. Das wird Teil des Konzepts eines Fahrradparkkonzepts sein, das ausgeschrieben wird und ausgeschrieben wurde. Jetzt wissen wir dann wahrscheinlich bald, wen wir beauftragen, damit. Im Verlauf des Jahres, bis zum Ende des Jahres, werden wir dann ein Konzept fertiggestellt haben, das wir umsetzen können.

Gemeinderat **Wagner:**

Herzlichen Dank für die ausführliche Antwort. Ja, das Problem ist da, das sieht man ja auch. Nicht umsonst sind eben fast 1.200 Fahrradabstellplätze dazugekommen. Wir wissen, in einigen Straßenzügen gibt es ja auch dort noch das ganze Wildparken, die Fahrräder an die Bäume gekettet. Die „Schau auf Graz“-App ist da hoffentlich wirklich ein gutes Mittel, um darauf hinzuweisen, wo eben noch etwas fehlt. Es ist auch so, dass jetzt erst eine Studie, wenn ich das richtig verstanden habe, oder eine Planung in Auftrag gegeben wurde. Die letzten zweieinhalb Jahre heißt das für mich, ist in diese Richtung allerdings noch nichts gedacht worden. Wie realistisch sind die Chancen, dass dann bis zum Ende der Periode überhaupt etwas zur Umsetzung kommt?

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Wie gesagt, 2021 haben wir ein Plus von 306 Abstellplätzen, 2022 eins von 351, 2023 eins von 208. Also ich weise den Vorwurf zurück, es wäre nichts passiert. Und ja, wir arbeiten Stück für Stück an einer Infrastruktur für die Fahrradfahrenden Menschen in Graz weiter. Da gehört natürlich dann auch neben den sich bewährenden Fahrradbügeln andere Konzepte wie Fahrradboxen, Garagen. So etwas muss aber umfassend gedacht werden, weil eine Garage muss dort gemacht werden, wo es auch einen Sinn hat. Deswegen haben wir jetzt dieses Konzept ausgeschrieben und das passiert.

**6.4 Frage 4: Kastrationsgutscheine für Katzen
(GRⁱⁿ Gamsjäger-Katzensteiner, KPÖ an StRⁱⁿ Schönbacher, KFG)**

Gemeinderätin **Gamsjäger-Katzensteiner:**

Geschätzter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuseher:innen.

Wir stehen im Frühjahr und jedes Jahr im Frühjahr stehen die Tierheime vor großen Herausforderungen, weil oft eine Flut an Babykatzen dort einlangt. Ich war vor gut einem Monat in der Arche Noah und da hat man auch schon die Vorbereitungen für die anstehende Ankunft der Babykatzen sozusagen im Frühjahr getroffen.

Grundsätzlich gibt es eine Pflicht zur Kastration von Katzen, die eben Freigang haben.

Leider halten sich halt viele Menschen nicht daran. Eine Katze kommt bei einem Wurf, so circa auf drei bis sechs Babykatzen. Da gibt es dann diese berühmte

Katzenpyramide, wo man schön sieht, wie sich das dann im Laufe der Jahre sozusagen

verbreitet. Das führt natürlich auch zu massiven Tierleid. Unerwünschte Babykatzen

werden ausgesetzt, Babys von Streunerkatzen bleiben oft unversorgt zurück, wenn der Mutter etwas passiert oder sie werden überhaupt getötet, wenn sie halt unerwünscht

sind. Glücklicherweise greifen beherzte Tierfreunde ein und bringen dann auch

gefundene Babykatzen ins Tierheim. Aber die befinden sich dann oft in einem

erbärmlichen Zustand sozusagen, was auch eine finanzielle Belastung für die Tierheime

bedeutet, weil sie natürlich dann intensive medizinische Betreuung auch brauchen.

Erfreulicherweise gibt es da vom Land Steiermark auch heuer wieder

Kastrationsgutscheine, die die Gemeinden sozusagen dort abrufen können und dann

an die Bürger:innen weitergeben können. Erfreulicherweise, ich glaube, es war, wenn

ich mich richtig erinnere, auch in der Budgetrede, dass du, Claudia, das angesprochen

hast, auch dass es von der Stadt Graz das geben soll, diese Möglichkeit. Ich habe dann

eben geschaut, ob man das irgendwo findet, habe aber auf der Homepage von der

Stadt Graz oder so, keine aktuellen Infos dazu gefunden. Ich habe mich dann eben

beim Amt selbst informiert, wo mir gesagt wurde, ja, es gibt die Möglichkeit, dass man

das dort abrufen kann. Aber wie gesagt, wenn man das nicht weiß, ist die Information

halt nicht sonderlich offensichtlich. Es wäre aber wichtig, dass die Leute das wissen,

weil es gibt ja oft gerade Tierfreunde, die sich dann um Streunerkatzen kümmern, wo es natürlich auch gut und nötig wäre, diese Tiere zu kastrieren. Das ist aber für die Leute dann oft auch nicht möglich, das privat zu finanzieren. Deswegen stelle ich heute meine

Frage,

welche Maßnahmen werden Sie setzen, um den Kastrationsgutschein für Katzen in der Öffentlichkeit bekannter zu machen?

Originaltext der Anfrage:

Sehr geehrte Frau Stadträtin,

Jedes Jahr, vor allem im Frühjahr, haben die Grazer Tierheime und Katzenhilfsorganisationen mit einer Flut an Babykatzen zu kämpfen. Obwohl es in Österreich eine Verpflichtung zur Kastration von Freigänger-Katzen gibt, wird dies leider von vielen Katzenhalter:innen missachtet. Eine Katze bekommt pro Wurf in der Regel 3 bis 6 Babykatzen. Zur Veranschaulichung gibt es die berühmte Katzenpyramide, die zeigt, wie viele Katzen aus einem Katzenpaar innerhalb von 5 Jahren werden können. Daraus entsteht oft massives Tierleid. Entweder werden unerwünschte Babykatzen getötet oder ausgesetzt und sich selbst überlassen. Oder streunenden Mütterkatzen passiert etwas und die Babys sind, alleine kaum überlebensfähig, auf sich alleine gestellt. Jedes Jahr schildern Tierschutzorganisationen und Tierheime eindrücklich „in welch erbärmlichem Zustand“ kleine Katzen bei ihnen abgegeben werden. Das ist nicht nur schlimm für die Tiere, sondern stellt auch die Tierheime vor finanzielle Belastungen, da die kranken Tiere intensive medizinische Behandlung benötigen.

Das Land Steiermark stellt den Gemeinden auch heuer wieder Kastrationsgutscheine zur Verfügung. Diese sollen dazu dienen, die „Flut“ an Babykatzen einzudämmen. Es gibt z.B. viele Tierliebhaber:innen, die streunende Katzen füttern oder sich privat allein

aufgefundenen Babykatzen annehmen. Oftmals fehlen da aber die Mittel, die Tiere auf eigene Kosten zu kastrieren, weswegen diese Kastrationsgutscheine hier eine gute Verwendung finden würden. Leider kann man zu diesen Gutscheinen keine Information auf der betreffenden Seite der Stadt Graz finden. Nur bei Anruf im Veterinäramt bekommt man die Information, dass auch die Stadt Graz Kastrationsgutscheine vergibt, weshalb viele Menschen gar nicht über das Angebot Bescheid wissen.

Im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich Ihnen daher die

Frage

Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um den Kastrationsgutschein für Katzen in der Öffentlichkeit bekannter zu machen?

Stadträtin **Schönbacher:**

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin Gamsjäger-Katzensteiner, vielen Dank für diese Frage, weil es gibt mir die Gelegenheit bezüglich der Kastrationsgutscheine auch das eine oder andere Missverständnis aufzuklären. Weil ja, es gibt die Kastrationsgutscheine, ja, wir kaufen auch Kastrationsgutscheine, aber leider ist das oft so, dass sie missbräuchlich verwendet werden.

Vielleicht gerade weil man weiß, aber vielleicht auch weil man gewisse Dinge nicht weiß. Tatsache ist, dass die Tierfreunde, die die Streunerkatzen in unserer schönen Stadt betreuen, die betreue ich auch und die wissen davon Bescheid. Viele, die es nicht wissen, bringen dann die Katzen sowieso in die Tierheime und dort weiß man von diesen Kastrationsgutscheinen. Und ich sehe auch leider keinen Bedarf, eine Bewerbung zu forcieren, weil das einfach dem Zweck nicht dienlich wäre. Das möchte ich einfach ganz kurz ausführen, weil eine Streunerkatze ist tatsächlich eine Streunerkatze, die keinen Besitzer hat. Freigänger, die haben einen Besitzer und die

sind natürlich selbst verantwortlich, ihre Katzen zu kastrieren und dürfen von diesem Kastrationsgutschein einfach keinen Gebrauch machen. Zusätzlich ist es so, dass die Kastrationsgutscheine zu einem erheblichen Anteil von der Tierärztekammer und den praktizierenden Tierärzten finanziert werden. Das heißt, man müsste da Rücksprache halten. Allerdings ist der nächste Punkt schon, dass viele Tierärzte leider diese Kastrationsgutscheine dann nicht mehr annehmen, weil sie eben Diskussionen mit den Leuten haben, die die Katzen bringen, weil die Katzenbesitzer diese selber für ihre Katze verwenden wollen. Es soll eben nicht Sinn und Zweck sein, dass ein Tierarzt dort Diskussionen eingehen muss. Da habe ich auch Verständnis dafür, denn eine gute Sache sollte nicht missbräuchlich verwendet werden. Tatsächlich gibt es bei uns im Stadtgebiet ja kaum noch echte Streunerkatzen und viele von ihnen, zum Glück, werden eben von Tierfreunden auch tatsächlich betreut.

Ich habe jetzt heute aktuell nachgefragt: Im Landestierheim sind aus Graz acht Katzenbabys angekommen. Also, das ist jetzt auch nicht wirklich eine Flut. Und von diesen acht Katzenbabys haben, zum Glück, drei schon ein Zuhause gefunden. Das heißt, da ist jetzt auch so ein großer Bedarf in Wirklichkeit gar nicht da. Aber für mich gehört Tierschutz mit Sozialem auf jeden Fall zusammen, weil das einfach sehr, sehr gut zusammenpasst. Natürlich könnte man hier ein gemeinsames Projekt zwischen Tierschutz und Sozialem machen, wenn man sagt, man möchte das unterstützen, dass es hier kostengünstigere Kastrationen gibt oder auch sogar gratis, wenn trotz der notwendigen Einsparungen im Sozialamt genug Geld übrigbleibt, dass man das unterstützt. Da könnte man auf jeden Fall darüber reden, aber die genannten Gründe, die ich vorhin angegeben habe, schließen eben eine Bewerbung, auch nach Rücksprache mit dem Veterinärreferat, eben die Bewerbung der Gutscheine tatsächlich aus.

Gemeinderätin **Gamsjäger-Katzensteiner:**

Danke. Also, dass es da in Graz nicht viele sozusagen streunende Babykatzen dann gibt, kann ich nach Auskunft von der Arche Noah nicht bestätigen, also da hat man mir gesagt, dass das nicht nur im ländlichen Bereich eben, sondern durchaus in der Stadt Graz auch ein Problem ist.

Des Weiteren habe ich eben des Öfteren schon Anfragen bekommen von Leuten, die eben Streunerkatzen füttern und sich eben auch der Problematik bewusst sind, dass es halt im allgemeinen Interesse wäre, auch wenn die jetzt niemanden gehören, aber im allgemeinen Interesse diese zu kastrieren, weil sonst natürlich das Vermehrungsproblem sozusagen immer weiter auftritt. Eben die haben dann schon gefragt, ob es da irgendwelche Möglichkeiten gibt, weil sie eben das selbst finanzieren, finanziert haben oder eben das selbst nicht finanzieren können, also von dem her gab es diese Anfragen an mich, deswegen noch einmal, auch wenn man jetzt sagt, man möchte es nicht groß bewerben, vielleicht kann man trotzdem zumindest auf die Homepage der Stadt Graz die Information stellen, dass man sich dort melden kann. Meine Zusatzfrage wäre dann auch noch, grundsätzlich, weil es ja Kastration sozusagen ein wichtiges Thema ist und es eigentlich auch diese Pflicht gäbe, ob man da nicht trotzdem eine Kampagne, eine Art andenken könnte, um die Leute darauf aufmerksam zu machen, erstens es gibt eine Pflicht und zweitens wäre es auch wichtig, es gibt gute Gründe dafür, das zu tun.

Stadträtin **Schönbacher**:

Wir können natürlich auf der Homepage der Stadt Graz auf jeden Fall zum einen aufklären und zum anderen auch hinweisen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch ganz gerne auf die Futterbox hinweisen, die ich auch unterstütze mit den finanziellen Mitteln aus meinem Ressort, wo man einmal im Monat, wenn man tatsächlich nachweisen kann, dass man sich die Katze jetzt nicht mehr leisten kann oder auch den Hund, wo man einmal im Monat eine Ration Futter abholen kann für das ganze Monat, weil das unterstützt oft auch schon, wenn man Tierarztkosten hat und wenn man

andere Notfälle hat und dann schlussendlich wenig Geld für das Haustier oder für sich selbst übrig bleibt, wo man hier unterstützt wird. Das heißt, auch das wäre eine Gelegenheit. Hier unterstützen ist zwar ein Sozialprojekt, aber natürlich aus Tierschutzgründen unterstütze ich das auch sehr gerne. Ich habe ja auch die Karten mit der Telefonnummer. Wenn jemand jemanden kennt, der einen Bedarf hat, dann gebe ich das sehr gerne weiter.

6.5 Frage 5: Islamistische Tätigkeiten in Graz (GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Unger, ÖVP an StR Mag. Krotzer, KPÖ)

Gemeinderätin **Unger**:

Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Herr Stadtrat, wir haben alle vor einigen Wochen bzw. Tagen die Bilder aus Hamburg verfolgt, wo in den letzten Tagen zwei Mal Demonstrationen von radikalen Muslimen und Musliminnen stattgefunden haben, wo auch demokratie- und verfassungsfeindliche Inhalte thematisiert worden sind. Das waren einmal, laut Zeitungsberichten, rund 1.000 Personen, beim zweiten Mal 2.300 Personen. Das konnte man zumindest nachlesen. Die Inhalte dieser Demonstrationen haben ein sehr düsteres Bild des Demokratieverständnisses der dort anwesenden Personen gezeichnet, die unter anderem Deutschland als Wertediktatur bezeichnet haben und auch ein Kalifat gefordert haben. Die Empörung darüber ist zu Recht groß, ich glaube, da können wir uns einig sein, auch weil eine federführende Organisation, nämlich Muslim-Aktiv, als gesichert extremistisch gilt. Wenn dann jemand, wie der Anführer dieser Gruppe, sozusagen nicht nur radikal, sondern auch ein Lehramtsstudent ist, und sozusagen seine pädagogische Ausbildung und sein Berufsziel mit dieser Haltung irgendwann einmal vielleicht verbinden wird, halte ich das für höchst fragwürdig.

Wir haben natürlich grundsätzlich jetzt auch durch den Konflikt im Gazastreifen nach dem Terroranschlag auf Israel und den schrecklichen Konsequenzen dort für die

Zivilbevölkerung seit vielen Monaten auch eine aufgeheizte Stimmung. Da gibt es neben einer besonnenen Auseinandersetzung auch immer wieder Sympathiebekundungen für Palästina, die auch fragwürdig sind. Es gab eben, das haben wir schon öfter diskutiert, auch Themen der antisemitischen Vorfälle und gerade das Potenzial von radikalisierten Gruppen und Personen, die in Form von gesellschaftspolitischer Agitation einfach auch im Stande sind, größere Gruppen zu mobilisieren, sollte anhand dieses Beispiels aus Hamburg, glaube ich, für die Integrationsarbeit grundsätzlich jetzt ein Thema sein, mit dem wir uns beschäftigen müssen.

Dass der Verfassungsschutz hier, natürlich im Verborgenen tätig ist, ist klar. Dass Polizei und Justiz gefragt sind und auch bei strafrechtlich relevanten Dingen tätig sind, ist auch klar, aber ich glaube, dass auch die Lokalpolitik aufgrund solcher Vorkommnisse entsprechend tätig sein muss und dieses Thema am Schirm haben sollte. Wir wissen auch, dass sehr viele Organisationen in Graz, angefangen vom Integrationsreferat, über viele Vereine, Granatapfel, Jugend gegen Gewalt etc. tätig sind und gute Arbeit leisten, dass in Schulen schon viel stattfindet, aber trotzdem ist neben diesen bewährten Stakeholdern auch wichtig, dass wir einen Blick haben, dass sich diese Fragen der Radikalisierung eben nicht nur in einer ersten Generation von Einwanderern stellen, sondern in der zweiten und dritten und eben auch andere Personengruppen erreicht.

Nachdem Graz als Hochburg der Muslimbrüderschaft gilt seit vielen Jahren und auch nach der Operation Luxor, wo ja einige Verfahren eingestellt werden konnten, ist trotzdem Aufmerksamkeit gefragt und deswegen darf ich an dich, lieber Herr Stadtrat, die

Frage

richten, ob die Vorkommnisse in Hamburg für dich Anlass dazu sind, in der Integrationspolitik der Stadt Graz besondere Schwerpunkte zusätzlich zum bestehenden Angebot zu setzen?

Originaltext der Anfrage:

Sehr geehrter Herr Integrationsstadtrat Mag. Robert Krotzer!

In Hamburg fanden in den letzten Wochen zwei Demonstrationen von radikalen Muslimen mit demokratie- und verfassungsfeindlichen Inhalten statt. Laut Zeitungsberichten waren bei der ersten Demonstration rund tausend Menschen anwesend, bei der zweiten Veranstaltung bis zu 2300 Personen.

Die Inhalte beider Veranstaltungen zeichnen ein düsteres Bild vom Demokratieverständnis dieser Personen, die unter anderem Deutschland als Wertediktatur bezeichnen und ein Kalifat fordern. Die Empörung ist zu Recht groß, zumal die federführende Organisation Muslim aktiv als gesichert extremistische Gruppe eingestuft wird. Joe Adade Boateng, einer der beiden mutmaßlichen Anführer der Kundgebungen und bei Muslim aktiv stark präsent, ist ein Lehramtsstudent und in der unseligen Verquickung von politischer Haltung und potentieller Berufswahl besonders negativ zu beurteilen.

Nicht zuletzt durch die unsäglichen Entwicklungen in Palästina, die nach dem Terroranschlag auf Israel durch dessen Angriffe auf Gaza seit Monaten für die Zivilbevölkerung schreckliche Konsequenzen haben, finden auch in Europa neben einer besonnenen Auseinandersetzung mit dem Konflikt bedenkliche Vorkommnisse statt: teilweise aggressive und radikale Sympathiebekundungen für Palästina, antisemitische Vorfälle und eben Demonstrationen mit demokratiefeindlichem Inhalt bzw. gemeinsam mit politischen Parteien. Gerade das Potential von radikalisierten Gruppen und Personen, in Form von gesellschaftspolitischer Agitation aufzutreten und größere Gruppen für eine antieuropäische und islamistische Haltung zu mobilisieren, muss angesichts der Vorkommnisse in Hamburg von genereller Bedeutung in der Integrationsarbeit sein. Dass der Verfassungsschutz mit entsprechender Diskretion agiert, ist selbstverständlich. Dass Polizei und Justiz bei Straftatbeständen tätig werden, ebenso. Die Lokalpolitik muss allerdings im Sinne der Sicherung des friedlichen

Zusammenlebens dieses Thema ebenfalls bearbeiten und ihre Bemühungen adaptieren vor dem Hintergrund, dass viele der Radikalisierten österreichische StaatsbürgerInnen bzw. in der zweiten oder dritten Generation von Zugewanderten zu finden sind. Die langjährigen Stakeholder in Graz von Integrationsreferat über die Arge Jugend gegen Gewalt und Rassismus bis zu Initiativen wie Granatapfel und die Präventionsarbeit an Schulen sind hinlänglich bekannt und machen gute Arbeit. Unbedingt nötig ist, dass sich sämtliche in diesem Bereich tätigen Vereine und Einrichtungen, die ja größtenteils von der Stadt Graz (mit)finanziert werden, zu den vorhin genannten Grundsätzen bekennen und andernfalls sanktioniert werden.

Graz gilt seit Jahren als Hochburg der Muslimbrüderschaft in Österreich, und auch wenn nach der Operation Luxor einige Verfahren eingestellt wurden, gilt es hinsichtlich der Gefahr einer Bedrohung der Demokratie wachsam zu bleiben.

Daher ergeht an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des ÖVP Clubs folgende

Frage:

„Sind für Dich die Vorkommnisse in Hamburg Anlass dazu, in der Integrationspolitik der Stadt Graz besondere Schwerpunkte zusätzlich zum bestehenden Angebot zu setzen?“

Stadtrat Krotzer:

Lieber Frau Gemeinderätin, liebe Claudia, danke für die Frage und damit auch die Möglichkeit auf ein paar Dinge einzugehen, was unsere Prämissen in der Integrationspolitik sind und was eben auch all die vielseitigen Bemühungen des Integrationsreferats in Abstimmung mit uns betrifft. Weil wir eben sozusagen ja natürlich tagtäglich daran arbeiten, wenngleich wir natürlich auch Medienberichte von Vorkommnissen in Hamburg auch natürlich mit aufnehmen.

Ich möchte dem Ganzen allerdings ein Zitat voranstellen von Bert Brecht aus den Geschichten von Herrn Keuner, wo er die Geschichte schildert, dass ein Mann von einem feindlichen Offizier vom Gehsteig geschubst wird und der daraufhin so erbost ist und sich wünscht, dass feindliche Land möge zur Gänze beim Erdboden verschwunden werden. Und Herr Keuner fragt sich dann, „wodurch“, fragte sich Herr Keuner „bin ich für diese eine Minute ein Nationalist geworden? Dadurch, dass ich einem Nationalisten begegnete. Aber darum muss man die Dummheit ja beseitigen, weil sie dumm macht, die ihr begegnen.“

Und wieso stelle ich das voran, weil es, meiner Meinung nach, bei den Phänomenen Islamismus bzw. Salafismus, als auch bei Rechtsextremismus um zwei Seiten einer Medaille geht. Wir haben es hier, egal ob Rechtsextreme in Deutschland sogenannte Reimigrationspläne wälzen, wo sie über die millionenfache Abschiebung deutscher Staatsbürger:innen mit Migrationsgeschichte nachdenken oder bei Salafisten, die in den Straßen Hamburgs die Richtung eines Kalifats fordern, in beiden Fällen haben wir es mit zutiefst inhumanen, antidemokratischen Weltbild zu tun.

Und im sehr scharfen Gegensatz dazu erklären wir aus einer humanistischen Überzeugung, oder haben wir im Jahr 2023 beschlossen, ein Integrationsleitbild „Graz sind wir alle“, wo wir ausdrücklich als eines unserer Ziele formuliert haben, ich zitiere kurz: „Präventionsarbeit hinsichtlich Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus und Fundamentalismus“, also insbesondere auch religiösen Fundamentalismus. „Damit soll demokratiefeindlichen Tendenzen entgegengewirkt und Bewusstsein geschaffen werden, dass diskriminierende Mechanismen und Strukturen nach wie vor wirkmächtig sind und wir gegen diese vorgehen wollen.“

Und in dem Sinne haben wir, du hast das schon erwähnt, ganz breites Bündel an Maßnahmen, ob das unsere Workshops in den Schulen sind, die wir jetzt auch wieder weiter ausbauen werden. Wir haben heute glücklicherweise noch auf der Tagesordnung die Sparsbuchbehebung, mit denen wir die Workshops auch noch einmal ausbauen in vielen Bereichen. Ich nenne nur exemplarisch Granatapfel, wie du es auch schon genannt hast. Ganz ein wichtiger Punkt. Auch hier dieser jüdisch-muslimische

Dialog und Austausch den wir hier weiter fördern. Ganz wichtig ist aus meiner Sicht auch diese Workshops, ob das Heroes ist, ob das der Schriftsteller Omar Khir Alanam ist oder andere, die in Grazer Schulen gehen und die auch auf der Basis ihrer Flucht- und Migrationsgeschichte mit jungen Menschen reden und sie darin stärken, für ein gewaltfreies Miteinander einzutreten. Das ist aus meiner Sicht sozusagen die wirksamste Präventionsarbeit, dieser ständige Austausch mit Menschen, gerade auch, wenn wir hier über das Phänomen reden, aus der muslimischen Community, weil genau diese, die sozusagen für eine weltoffene, für eine gewaltfreie Auslegung und für eine demokratische Auslegung stehen, diejenigen sind, die am wirksamsten auch vorgehen können gegen demokratiefeindliche, gegen frauenfeindliche, gegen antihumanistische Auslegung von religiösen Lehren.

Gemeinderätin **Unger:**

Danke, Herr Stadtrat, wenn ich es richtig verstanden habe, geht es um eine Aufstockung von bereits vorhandenem Angebot. Ich möchte trotzdem darauf hinweisen, oder meine Meinung dazu ist, auch wenn der Hinweis auf den Rechtsextremismus stimmt, glaube ich nicht, dass etwas anderes dadurch abgeschwächt werden kann oder soll, sondern dass alle diese Themen mit entsprechender Ernsthaftigkeit, glaube ich, behandelt werden müssen, weil sie einfach mit gesellschaftlichem Frieden zu tun haben. Das wäre mein erster Zugang.

Der Zweite ist auch, dass eben entsprechende Wahrnehmung von islamistischen Tendenzen eben im Bereich Frauenrechte, auch im Bereich Schutz jener Muslime und Musliminnen, die vollkommen unbehelligt und friedlich hier leben wollen, ganz wichtig ist, also das wirklich auch als eigenständiges Problem wahrzunehmen, glaube ich, hat eine große Bedeutung und Wirksamkeit.

Ich möchte auf einen zweiten Aspekt eingehen. Es hat jetzt vor Kurzem in England einen Fall gegeben, in der Stadt Leeds. Das ist sicher auch bekannt, wo eben Wahlen stattgefunden haben und eine Bezirkswahl gewonnen wurde von einem bekennenden

Islamisten, der für die Grüne Partei dort angetreten ist. Der hat sich auch wirklich, mangels einer ordentlichen Abgrenzung und einem sehr komischen Verständnis der Rechtsstaatlichkeit, hervorgetan. Ich finde, das ist ein sehr trauriges Beispiel, dass es eben auch zwischen Parteien und solchen Personen zwischendurch keine gute Abgrenzung kommt. Ich glaube, das sollten wir auch entsprechend im Blick haben, auch was jetzt sozusagen die Plattformen, die wir bieten, anlangt. Ich frage deswegen als Zusatzfrage:

Bist du bereit Schritte zu setzen, dass entsprechende Bewusstsein in den Grazer Parteien auch zu heben und damit sicherzustellen, dass diese nicht Personen mit radikalen Positionen eine politische Heimat geben oder Veranstaltungen der Parteien für den Transport radikaler Inhalte und Vernetzung nutzen, im Zusammenhang mit meiner Frage wegen dem Islamismus.

Stadtrat Krotzer:

Also ganz grundsätzlich würde ich einmal sagen, für Parteien und was sich in Parteien tut, ist die jeweilige Partei natürlich zuständig und verantwortlich und das ist sozusagen der Auftrag an alle, dass sozusagen antihumanistische Tendenzen in Parteien nicht Fuß fassen sollen.

Ganz grundsätzlich will ich aber vielleicht noch einmal sagen, wir beschäftigen uns wirklich sehr ausgiebig mit der Fragestellung, und zwar ganz konkret mit dem, was hier in Graz passiert. Hamburg ist weit weg, Leeds ist noch weiter weg, natürlich diese Phänomene sind in einer international vernetzten Welt, auch schnell hier, auch sozusagen über die sozialen Medien, aber ganz wichtig ist das, was wir hier tagtäglich vorleben, welche Brücken können wir hier schaffen. Und ich möchte das vielleicht noch einmal betonen, dass es mir ein ganz großes Anliegen ist. Das Anliegen teile ich nicht zuletzt auch mit Bürgermeisterin Elke Kahr, die ja Vorsitzende des Interreligiösenbeirats und auch des Menschenrechtsbeirats ist. Wo sozusagen auch weitergehende Planungen da sind, dass wir hier auch religionsübergreifend den Dialog

stärken, dass wir auch gemeinsam das Bekenntnis zum friedlichen, gewaltfreien Leben bestärken. Und ich möchte es noch einmal unterstreichen, dass unsere wichtigsten Bündnispartner in den Fragestellungen oder unsere wirksamsten mitunter gerade jene sind, die für weltoffene und ich sage es einmal so, menschenfreundliche Auslegungen von religiösen Lehren, welcher Art auch immer sind. Du wirst oder du kannst sozusagen extremistische Auslegungen von religiösen Lehren, aber auch von politischen Überzeugungen überall finden. Wie kann man dem sinnvoll entgegenwirken? Indem wir einfach den Dialog, das gegenseitige Kennenlernen stärken und dass wir insgesamt gesellschaftliche Kultur prägen, wo Menschen und möglichst alle Menschen Teil dieser Gesellschaft sind. Dass niemand das Gefühl hat, ihm wird die Türe zugeschlagen, weil dann passiert genau das, dass Menschen sich eben ihre eigenen Zirkel finden, die eben dann weit weg sind und die dann auch gedanklich weit weg von dem sind, was wir als Humanismus und als Aufklärung verstehen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke, Claudia, trotzdem für die Frage, ich möchte nur ergänzen und auch zur Information gleich auch geben, bitte im September notieren den Termin, da gibt es den ersten Tag der Religionen, an dem wirklich schon das ganze Jahr die Religionsgruppen alle an einen Strang ziehen und da geht es genau um diese Themen und auch eine Manifestation und ein gemeinsames Bekenntnis über alle Religionsgruppen hinwegzusetzen für Frieden und Solidarität und das ist schon etwas Außerordentliches, was uns da gemeinsam mit ihnen gelungen ist. Das wollte ich nur anmerken, Sie bekommen dann selbstverständlich noch eine Einladung dazu. Danke. Als nächstes bitte Frau Gemeinderätin Aygan-Romaner, sie stellt ihre Frage an Herrn Stadtrat Hohensinner.

**6.6 Frage 6: Barrierefreier Zugang zu Grazer Pflichtschulen
(GRⁱⁿ DIⁱⁿ Aygan-Romaner, Grüne an StR Hohensinner, MBA, ÖVP)**

Gemeinderätin **Aygan-Romaner**:

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleg:innen, Gäste auf der Galerie gibt es keine mehr, und die an den Online-Screens. Lieber Kurt, ich darf dir heute eine Geburtstagsfrage stellen. Ich hatte in letzter Zeit immer wieder mit Wahllokalen zu tun und da hat sich unter anderem das Thema immer mehr in den Vordergrund begeben, gerückt, dass es sehr viele Pflichtschulen in Graz gibt, die noch nicht barrierefrei sind. Natürlich, unter barrierefrei ist ein Riesenkonvolut an Maßnahmen und Themen gemeint. Ich meine hier ganz konkret den stufenlosen Zugang, also quasi für körperlich beeinträchtigte Menschen die Barrierefreiheit. Da haben wir noch einige Schulen, die eben nicht barrierefrei sind. Neubauten müssen barrierefrei sein, bei Umbauten wird auch barrierefrei gebaut. Aber es ist natürlich, ich weiß, es gibt auch viele Herausforderungen. Wir haben teilweise Denkmalschutz auf Gebäude, wir haben andere widrige Umstände. Ich habe mir jetzt diese Broschüre durchgeschaut, „Bildung findet Stadt“. Ich habe nicht alles durchgezählt, aber bei meinen Zählungen bin ich auf mindestens 60 Gebäude der Stadt Graz gekommen, die Kindergärten und Pflichtschulen sind, die noch nicht barrierefrei zugänglich sind.

Wir als Regierung, schauen ja darauf, dass wir unseren Pflichtschulausbau so gut wie möglich gemeinsam hinkriegen, auch barrierefrei hinkriegen. Deswegen interessiert es mich und ich glaube auch sehr viele öffentlich und auch die Kolleg:innen, wie sieht es gerade in Graz aus, in welchen Pflichtschulen in Graz gibt es im Bereich der baulichen Barrierefreiheit noch Handlungsbedarf? Ich weiß, dass du jetzt nicht alle Schulen aufzählen wirst, oder vielleicht wirst du ein paar aufzählen. Ich würde das gerne als Dokument nachgereicht bekommen, danke.

Originaltext der Anfrage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Kurt!

Mit der Wahlrechtsreform 2023 wurde festgelegt, dass bis 2028 alle Wahllokale barrierefrei zugänglich sein müssen. Das Referat Wahlen setzt alles daran, diese Vorgaben schon heuer im Superwahljahr 2024 umzusetzen. Im Zuge der Festlegung der Wahllokale wurde deutlich, dass wir auch bei den städtischen Schulen, die ja häufig als Wahllokale genutzt werden, noch Adaptierungsbedarf in Sachen Barrierefreiheit haben.

Barrierefreiheit im Kontext von Bildung und Schule beinhaltet viele verschiedene Aspekte, unter anderem auch die baulichen. Natürlich ist es gerade in Schulen, die in älteren Gebäuden untergebracht sind, kein einfaches Unterfangen, vollumfänglich Barrierefreiheit herzustellen. Hier braucht es gute Planungen, Expertise und natürlich auch die finanziellen Ressourcen, um tatsächlich in allen Schulen, für die die Stadt Graz verantwortlich ist, das Ziel zu erreichen, zu dem wir uns auch in der Inklusionsstrategie bekannt haben.

Es ist wichtig zu wissen, wo wir auf dem Weg in Richtung bauliche Barrierefreiheit in unseren Schulen stehen. Daher stelle ich an dich folgende

Frage:

In welchen Pflichtschulen in Graz gibt es im Bereich der baulichen Barrierefreiheit noch Handlungsbedarf?

Stadtrat Hohensinner:

Liebe Frau Gemeinderätin, danke für die Geburtstagsfrage.

Wie du weißt, bin ich jetzt nicht nur Bildungsstadtrat, sondern auch Stadtrat für die Inklusion. Ich bin auch vom Hauptberuf Behindertenpädagoge, deshalb ist es mir wirklich ein Herzensanliegen, dass wir die Bildungsstätten auch für alle Menschen zugänglich machen. Nicht nur jetzt für die Wahl, sondern vor allem auch für unsere

Kinder. In den letzten Jahren ist da schon sehr viel passiert, aber es gibt auch noch einiges zu tun. Ich kann einen Überblick geben, zuerst über die Volksschulen, dann über die Mittelschulen.

Bei den Volksschulen haben wir insgesamt 40 an der Zahl in Graz. 11 sind derzeit noch nicht barrierefrei, drei weitere Standorte befinden sich bereits in der Projektentwicklung. Dabei handelt es sich um die Schulen Hirten, Bertha von Suttner und die Volksschule Fischerau.

Innerhalb der 17 Grazer Mittelschulen weisen neun Schulen Mängel hinsichtlich der Barrierefreiheit auf. Genau deshalb ist ja auch unser Grips 3 Projekt von großer Bedeutung, das heute auch auf der Tagesordnung ist. Bei diesen neun Schulen ist man entweder bereits, oder bei sieben von den neun Schulen, die ich gerade angesprochen habe, ist man entweder in der Bauphase oder gerade in der Projektaufbereitung. Also da tut sich was, da bleiben dann zwei übrig. Und wie du das auch richtigerweise angesprochen hast, man darf jetzt nicht nur hinsichtlich Rollstuhlgerechtigkeit gehen, sondern die Barrierefreiheit umfasst ganz viele Bereiche, von der Akustik bis hin zur Farbgebung. Gerade für sinnesbeeinträchtigte Kinder und Menschen.

Von dem her kann ich zusammenfassen, dass wir durch unsere Ausbauoffensive auf einem guten Weg sind, aber es geht mir persönlich auch zu langsam. Aber vielleicht bringen wir neben Grips 1, 2 und 3 ein Sonderpaket zusammen. Also da bin ich immer bereit, wenn die Koalition sagt, da möchte man noch einmal einen finanziellen Schwerpunkt setzen, könnte man vielleicht schauen, dass wir die restlichen Schulen auch noch schneller barrierefrei hinbekommen. Also wenn diese Bemühung von euch auch unterstützt wird, dann würde man das auf jeden Fall gerne angehen.

Gemeinderätin Aygan-Romaner:

Zwischenfrage: Es ist natürlich immer sehr wichtig, dass man auch ein Konzept, eine Auflistung, also im Prinzip etwas Schriftliches hat, weil wir arbeiten nicht im ABI, wir haben da nicht immer diesen Einblick, was gerade die Priorität ist. Ich würde mich sehr

freuen über eine Auflistung und ich glaube, dass es jetzt nicht zu viel verlangt. Wärsst du bereit, das weiterzuleiten und auch an uns weiterzugeben?

Stadtrat **Hohensinner**:

Also ich versuche ja immer quasi auch Profit für meinen Bereich herauszuschlagen, wenn ich das jetzt so eigennützig auch unterstreichen darf. Diese Aufbereitung, diese Auflistung kannst du gerne haben, aber jetzt meine Gegenfrage: Bist du bereit, dass wir bei den fehlenden Schulen vielleicht ein Sonderpaket zusammenbekommen? Der Günter Fürntrath hat hinten schon irgendwie so zuversichtlich genickt, dass wir das auch noch in Umsetzung bringen können, aber das werdet ihr wahrscheinlich in eurem Koalitionsausschuss besprechen. Meine Bitte ist, dass du das unterstützt.

Gemeinderätin **Aygan-Romaner**:

Darf ich auf diese Frage antworten?

Bürgermeisterin **Kahr**:

Nein, das können wir nicht einführen. Sonst geht die Fragestunde an die Fragesteller:innen. Das kann man ja nachher besprechen. Ich glaube, das war ein charmanter Versuch.

6.7 Frage 7: Schaffung von Hundewiesen (GR Mag. Winter, KFG an Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner, Grüne)

Gemeinderat **Winter**:

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werte Frau Vizebürgermeisterin. Graz ist bislang in vielen Bereichen bereits eine sehr hundefreundliche Stadt, zum Glück. Insgesamt leben gegenwärtig rund 17.000 Hunde in unserer Mur-Metropole. Und

natürlich ist es in einem urbanen Zentrum notwendig und essentiell, dass wir Hundewiesen in ausreichender Anzahl besitzen. Einerseits natürlich, dass unsere lieben Vierbeiner genügend Auslauf haben, andererseits natürlich auch, dass sich Hunde mit anderen Hunden durchaus sozialisieren können. Wie wir alle wissen, ein Rudeltier und nicht unbedingt ein Einzelgänger. Daher sind Hundewiesen ein sehr wichtiger Bestandteil in unserer Stadt. Sie haben aber auch eine soziale Komponente, nämlich die Hundebesitzer untereinander können durchaus sich im angenehmen Rahmen dort treffen, also alles in allem sinnvolle Einrichtungen für unsere Stadt.

Wir haben, leider Gottes, wie bereits erwähnt, zu wenige. Schön wäre, wenn wir in jedem Bezirk zumindest eine Hundewiese haben könnten und genau aus diesem Grund haben wir im Jahr 2022 bzw. 2023 auch die dementsprechenden Anträge bereits gestellt, um weitere Hundewiesen in Graz errichten zu können.

Vor Kurzem gab es den bekannten Hundegipfel, ich glaube, der dürfte jedem der anwesenden Personen bekannt sein, und im Rahmen dieses Hundegipfels hat es eine sehr, nennen wir es, interessante Aussage der zuständigen Sachbearbeiterin der Stadt Graz hinsichtlich Hundewiesen gegeben, nämlich dass Hundewiesen nicht innerhalb von 100 Meter Entfernung zu Neubauten errichtet werden sollen. Und das ist doch etwas, was so in Verordnungen, Gesetzen etc. nicht explizit erwähnt wird und infolgedessen geht an Sie die

Frage,

wie viele und welche Grundstücke stehen aktuell aufgrund der Eigentumsverhältnisse, Stadt Graz als Eigentümer und die dementsprechende Widmung natürlich vorausgesetzt, und Einbeziehung des im Raum stehenden Abstandes zu Neubauten von 100 Meter zur Schaffung einer Hundewiese zur Verfügung?

Originaltext der Anfrage:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister- Stellvertreterin!

Graz ist eine hundefreundliche Stadt in der aktuell rund 17.000 Hunde leben. Daher benötigt es auch ausreichend Plätze, an denen die Grazer vor allem in Siedlungsgebieten ihren Vierbeinern genügend Auslauf geben können und auch Hunden das Interagieren untereinander ermöglicht wird.

Hundewiesen sind Orte der Begegnung zwischen Hunden sowie Menschen und Hunden. Die Hundewiesen in Graz dienen dem Spiel und Auslauf von Hunden. In fast allen größeren Parkanlagen, beispielsweise im Augarten, Volksgarten, ORF-Park und am Rosenhain gibt es Hundewiesen die kostenfrei genutzt werden können.

Aus diesem Grund haben wir schon in den Jahren 2022 und 2023 neue Hundewiesen beantragt. Der Grazer Hundestadtplan ist zwar sehr erfreulich, wird aber gerade in einem Ballungsraum wie Graz wo großzügige und gesicherte Auslaufflächen für Hunde äußerst gefragt sind, nicht ausreichen, wenn es nicht auch in jedem Bezirk zumindest eine Hundewiese gibt.

Beim kürzlich abgehaltenen „Hundegipfel“ wurde seitens der Behörde jedoch eine interne Weisung erwähnt. Der ungefähre Wortlaut war, dass Hundewiesen nicht innerhalb 100m Entfernung zu Neubauten errichten werden sollen. Selbstverständlich soll bei der Schaffung neuer Hundewiesen darauf geachtet werden möglichst wenig Konfliktpotential zu schaffen und müssen Grundstücke sorgfältig gewählt werden, ein derart großer Abstand wird wohl nahezu jede Neuerrichtung ausschließen.

Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin, namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage

*gem. § 16a der GO des Gemeinderates
der Landeshauptstadt Graz:*

Wie viele und welche Grundstücke stehen aktuell auf Grund der Eigentumsverhältnisse [Eigentümer Stadt Graz und oder (Vorbehalts) -fläche mit entsprechender Widmung für Hundewiesen] unter Einbeziehung des im Raum stehenden Abstandes zu „Neubauten“ von 100m zur Schaffung neuer Hundewiesen zur Verfügung.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Werter Herr Gemeinderat, das ist eine wichtige Frage, Sie haben es auch schon erörtert in Ihrem Motiventext. Mir liegt der Tierschutz am Herzen, aber der Schutz aller anderen, vor allem auch von Kindern. Mir ist gerade unlängst, letztes Jahr beim Pflanzen eines Baumes in Andritz passiert, dass wir in eine Siedlung gekommen sind, wo die Mitarbeiterin der Grünraumabteilung mit einem blutigen Finger auf uns gewartet hat, quasi, weil dort ein Hund in die Nähe des Spielplatzes gekommen ist und es zur Konfrontation von dem Hund mit ihr gekommen ist und das ist der Grund für diese Empfehlung. Das ist keine Vorschrift und sonst was, sondern eine Empfehlung der Stadtplanung, Hundewiesen nur in 100 Meter Entfernung von Wohngebäuden und Siedlungen zu errichten, weil wir eben, und das muss man dann situationsabhängig handhaben, aber wir haben dort einfach sehr viele Interessen zu berücksichtigen. Heute haben wir schon über die Interessen von Skaterinnen und Skater geredet, jetzt reden wir über die von Bewohnerinnen und Bewohnern und auch Hundebesitzerinnen und Hundebesitzern. Es ist wichtig, den Schutz von Kindern und Bewohner:innen zu gewährleisten, es geht ja auch um den Lärm dort und deswegen die Empfehlung, also ich habe mich schlau gemacht, die Empfehlung der Stadtplanung, das so zu berücksichtigen und ich finde, das hat durchaus einen Sinn, siehe auch das Erlebnis, das ich hatte, weil die ist nur kurz oder knapp an einer schweren Verletzung vorbeigegangen, weil sie die Hände in der Hosentasche hatte und der Hund dann in diesen dicken Wintermantel gebissen hat. Und das kommt eben immer wieder vor.

Wir stehen kurz vor der Eröffnung einer neuen Hundewiese im Lend und zwei weitere sind in Planung und ich habe in Zuge ihrer Anfrage jetzt auch nachgefragt, wie das aussieht mit geeigneten Flächen. Das ist nicht ganz einfach, also mittels einer GIS-Auswertung im Stadtplanungsamt wurde mir übermittelt, dass es kaum bis wenige geeignete Flächen gibt, die uns als Stadt Graz zur Verfügung stehen, die im Besitz der Stadt sind und die geeignete Widmung haben, also insbesondere Flächen, wo sie benötigt werden, nämlich im unmittelbaren Wohnumfeld unter Berücksichtigung, wie gesagt, der Interessen. Weil wir brauchen ja keine großen waldartigen Flächen irgendwo am Stadtrand. Daher müssten wir das uns genauer anschauen, wo wir den Platz finden. Also über Hinweise sind wir dankbar und leider, das wissen Sie ja auch, stehen uns offene Wiesen nicht zur Verfügung, so wie in Wien, weil wir eben das strengste Landessicherheitsgesetz, das steirische, diesbezüglich haben. Es ist eine Herausforderung und wir werden uns weiterhin bemühen. Was eine Möglichkeit ist, das war bisher negativ beurteilt naturräumlich, naturschutzrechtlich. Zum Beispiel die Gehölzstreifen entlang des Bründlteiches neu, also jetzt neu saniert, sich anzuschauen, ob das eine Möglichkeit ist. Aber es ist immer wieder sozusagen aus verschiedenen Interessen, sich das anzuschauen und dann zu beurteilen.

Gemeinderat **Winter:**

Danke für die Antwort, Frau Vizebürgermeisterin. Die Zusatzfrage geht natürlich in die Richtung. Einerseits sind wir uns mit Sicherheit einig, dass die Grundstücke für weitere Hundewiesen sorgfältig ausgewählt werden müssen. Einerseits die Anrainerinteressen, keine Frage, das ist natürlich zu berücksichtigen. Andererseits Sicherheitsmaßnahmen, damit eben solche Unfälle beziehungsweise Verletzungen, wie sie es geschildert haben, auch möglichst ausgeschlossen werden können, das ist überhaupt kein Thema. Dennoch ist natürlich die Situation so, Sie haben es erwähnt, die eine Hundewiese im Lend, die eröffnet wird oder bereits eröffnet worden ist und zwei weitere wären in Planung. Bis jetzt gibt es dementsprechend die Planung. Wann können wir als Grazer

damit rechnen, dass diese in Planung befindlichen Hundewiesen auch wirklich realisiert werden?

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Insgesamt gibt es 17 Hundewiesen, 18 und 19 sind in Planung. Es ist eine in Planung in der Pichlergasse an der Mur und ich muss noch, also es wird wahrscheinlich 27 sein, ich weiß es nicht genau, aber das wird jetzt geprüft, ob die geeignet ist. Dann werde ich Ihnen zeitnah die Information geben, wann sie eröffnet wird und weitere, wie gesagt, müssen wir einfach schauen, weil eben das nicht so einfach ist, im Stadtgebiet entsprechende Flächen zu finden.

**6.8 Frage 8: Anstellung pflegender Angehöriger
(CO GRⁱⁿ Gmeinbauer, ÖVP an StR Mag. Krotzer, KPÖ)**

Gemeinderätin **Gmeinbauer**:

Danke schön. Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer:innen. Wir haben im Oktober des Vorjahres ein wichtiges Pilotprojekt hier im Gemeinderat einstimmig beschlossen, nämlich pflegenden Angehörigen eine Anstellung zu ermöglichen, die in der Pflegestufe 3, 4 und 5 ihre Angehörigen pflegen. Im Jänner diesen Jahres wurde dann das zuständige Stück dahingehend beschlossen, wo wir aufgrund des vorhandenen Budgets 15 Damen und Herren dieses Angebot ermöglichen konnten.

Und meine

Frage

jetzt an dich, lieber Herr Stadtrat, wie schaut es aus, sind diese Stellen quasi besetzt worden und bitte dahingehend um Auskunft.

Originaltext der Anfrage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat Krotzer!

Im Oktober 2023 wurde ein Pilotprojekt ins Leben gerufen, um pflegende Angehörige finanziell abzusichern. Im ersten Jahr können so 15 Personen angestellt werden, die Angehörige mit den Pflegestufen 3, 4 und 5 betreuen.

Die Pilotphase des Projektes „Anstellung pflegender Angehöriger“ startete mit 1. Jänner 2024.

Im Namen des ÖVP Gemeinderatsclubs stelle ich Ihnen, sehr geehrter Herr Stadtrat, daher folgende

Frage:

„Wie viele pflegende Angehörige konnten seit 1. Jänner 2024 angestellt werden?“

Stadtrat Krotzer:

Lieber Frau Clubobfrau, liebe Dani, vielen Dank für die Frage, über die ich mich wirklich gefreut habe, damit man da ein kleines Update geben kann. Bei der Gelegenheit, eigentlich hätte das Medial schon erscheinen sollen, ein Redakteur einer Lokalzeitung hat sich das exklusiv geschnappt, bringt die Geschichte, aber seit einiger Zeit noch nicht, aber es wird auch noch kommen. Aber an der Stelle darf ich sagen, das Kontingent ist bereits voll ausgeschöpft worden. 15 pflegende Angehörige haben eine Anstellung erhalten mit Anfang März. Sie sind ausgewählt worden unter rund 100 Personen, die durch die Amtssachverständigen für Pflege der Stadt Graz ausgewählt worden sind, anhand der Kriterien.

Aktuell beziehen zwei pflegebedürftige Personen die Pflegegeldstufe 3, vier Personen sind in der Pflegegeldstufe 4, sieben Personen haben die Pflegegeldstufe 5 und je eine Person in der Pflegegeldstufe 6 beziehungsweise 7. Die Ursachen der Pflegebedürftigkeit sind breit gefächert. Es sind sieben Personen in Pflege aufgrund einer Demenzerkrankung, drei Personen in Palliativbetreuung, vier Personen leiden an Neurologischen- oder Autoimmunerkrankungen und eine Person ist aufgrund einer Lungentransplantation auf Betreuung angewiesen.

Die Amtssachverständigen, also unsere Kolleg:innen der Pflegedrehscheibe, haben im Rahmen des Projekts zahlreiche Beratungen und Hausbesuche durchgeführt, um einerseits festzustellen: eignet sich das häusliche Setting, ist den Vorgaben alles entsprechend, und andererseits zu schauen, falls jemand nicht in die Kriterien passt, welche Unterstützungs- und Betreuungsmöglichkeiten könnte es andernfalls geben. Zwischen Dezember 2023 und März 2024 ist es zu 493 telefonischen, schriftlichen und persönlichen Anfragebeantwortungen gekommen, 28 persönlichen Vorsprachen und 55 Hausbesuchen. Dazu haben wir auch zwei Informationsveranstaltungen gehabt.

Und ich sage das jetzt an dieser Stelle wirklich mit einem ganz großen Dank an unsere Kolleg:innen vom Sozialamt, weil wir können als politisch Zuständige und im Gemeinderat viele Ideen haben, aber wenn wir nicht die Kolleginnen und Kollegen haben, die das tagtäglich wirklich dann so mit Leben erfüllen, dass man auch hinter so einem Projekt stehen kann. Gerade bei so einem Pilotprojekt ist es ja auch sehr wichtig, dass das wirklich verantwortungsvoll umgesetzt wird und dafür wirklich ein großes, großes Dankeschön, wie die Kolleginnen und Kollegen das umsetzen und da, glaube ich, ist uns wirklich etwas Schönes gelungen. Ich darf vielleicht noch ganz kurz sagen, wir sind natürlich auch dabei, das Projekt auch wissenschaftlich zu evaluieren und sind dazu auch im Austausch mit dem Landesrat Kornhäusl, dem wir sozusagen alle Unterlagen immer auch zur Verfügung stellen, damit auch die Abteilung 8 des Landes, sozusagen, das in ihre Prüfungen und gedanklichen Überlegungen einfließen lassen kann.

Clubobfrau **Gmeinbauer:**

Danke, ich möchte mich auch deinem Dank anschließen und die Presseausendung haben wir somit jetzt quasi erledigt. Jetzt hast du gesagt, ihr habt unter 100 Bewerber:innen eben diese 15 ausgesucht, wahrscheinlich schweren Herzens. Jetzt ist offensichtlich der Bedarf da, das Budget ist quasi aufgebraucht und das Pilotprojekt ja auch für ein Jahr einmal auf Schiene gebracht. Jetzt meine Zusatzfrage, wirst du diesen Piloten dann in eine Projektarbeit für die kommenden Jahre aufbereiten können, beziehungsweise wird man auch jetzt in der laufenden Periode das Budget aufstocken können, dass man diesen 15 Damen und Herren, die jetzt für ein Jahr versorgt sind, auch weiterhin diese Anstellung zu ermöglichen und darüber hinaus noch weiteren Damen und Herren eine Anstellung zu ermöglichen? Weil wir alle wissen, Pflegefachmängel gibt es zuhauf und das ist ein sehr wichtiges gesellschaftliches Problem.

Stadtrat **Krotzer**:

Also unser großer Wunsch, den wir ja von Anfang an auch gesagt haben, ist, dass dieses Pilotprojekt, mit dem wir als Kommune einmal vorangehen, dass dem dann sozusagen auch ein Modell auf Landesebene folgt, wie es im Burgenland gibt, wie es, man kann sagen, mit Abstrichen oder etwas anderes gelagert, dort, aber es auch vom Land Oberösterreich gibt. Und das wäre sozusagen der Wunsch und deswegen auch die Gespräche mit dem Land.

Eine Sache ist natürlich der Punkt in allen anderen Betreuungs- und Pflegeformen, von der Hausgartenpflege über das Demenztageszentrum bis zum Pflegeheim. Dort ist es so, dass es ja die Kostenteilung 60:40 zwischen Land und der jeweiligen Gemeinde gibt in dem Bereich. Und dazu haben wir uns ja auch politisch gemeinsam - ist ein einstimmiger Beschluss gewesen - verständigt. Wir wollen das einmal machen, wir wollen da vorangehen, haben aber hier natürlich 100 % der Kostendeckung auf kommunaler Seite. Ich hoffe sehr, dass wir das sozusagen dann auch fortführen können. Und sozusagen das ist natürlich auch das Ziel, deswegen die wissenschaftliche Evaluierung, natürlich auch quasi auch aus der Sichtweise des Controllings, was kostet uns letztendlich diese Betreuungsform auch im Vergleich zur Hauskrankenpflege in Kombination mit Tageszentrum bis hin zum Pflegeheim. Ich glaube, dass wenn wir hier diesen Kostenschlüssel 60:40 haben, dass wir jedenfalls dann bei einer Betreuungsform sind, die auch interessant ist, volkswirtschaftlich im Hinblick auch auf die Pflegeheime. Das ist jetzt einmal eine Mutmaßung, die man natürlich dann mit Zahlen hinterlegen müsste, aber all das haben wir vor. Und da hoffen wir insofern, dass wir sowohl auf Stadtebene das fortsetzen können, aber das sozusagen dann auch gemeinsam mit dem Land hoffentlich dann auch eine größere Lösung finden können. Der Bedarf ist wirklich gegeben und sehr viele auch von den 100 Anfragen sind ja auch nicht aus der Stadt Graz gewesen, sondern waren eigentlich aus dem ganzen Bundesland Steiermark. Das zeigt auch hier, dass ein großer Bedarf gegeben ist.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Herzlichen Dank, wir sind jetzt am Ende der Fragestunde. Es ist schon 12 Uhr 23, alle anderen Fragen werden natürlich beantwortet werden müssen.

Ende der Fragestunde: 13.23 Uhr